

Stellt uns das Schulgesetz vor neue Aufgaben?

Von Prof. Hugo Müller, Verdienter Lehrer des Volkes, Direktor des Instituts für Pädagogik

Der Aufbau des Sozialismus verlangt von allen Mitgliedern unserer Gesellschaft die Entwicklung ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die es ihnen ermöglichen, selbst aktive und treibende Kräfte auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus zu werden. Das führte zur Verstärkung der großen Lernbewegung der Werktätigen unserer Republik, das bahnte weiterhin der Erkenntnis den Weg, den obligatorischen Schulbesuch unserer Kinder und Jugendlichen zunächst um zwei Jahre auf zehn Jahre zu verlängern und das leitete schließlich den Prozeß der revolutionären Umgestaltung unserer Grundschule in eine allgemeinbildende polytechnische Oberschule ein.

Die weiteren Entwicklungsphasen unseres pausenlosen und mitreißenden Schulaufbaus im Zeichen des Siebenjahrplanes werden durch die erfolgreiche Durchführung der Grundlehrgänge in der Produktion, die Einführung einer neuen Schulordnung und die Durchführung eines Lehrplanwerkes gekennzeichnet, das zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Schulwesens alle Disziplinen und Schuljahre im Zusammenhang darstellt und aufeinander abstimmt. Aus den umfassend diskutierten Thesen der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ wurden schon heute die Grundmauern und tragenden Pfeiler der sozialistischen Schule der Deutschen Demokratischen Republik. Am 2. Dezember 1959 versammelte sich die Volkskammer, um das durch die bereits angeordnete Umgestaltung notwendig gewordene „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“

zu beraten und über seine Annahme zu beschließen.

Es kann nicht Aufgabe dieser kurzen Darlegung sein, nun auf die einzelnen Paragraphen dieses wichtigen Gesetzeswerkes einzugehen, vielmehr sollen hier nur einige wenige grundsätzliche Probleme angedeutet werden, die eine unmittelbare Bedeutung für alle Fakultäten und Institute der Universität haben. Die im Schulgesetz festgelegten Aufgaben und Regelungen beziehen sich keinesfalls nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern auch auf die Berufs- und Fachschulen, vor allem

Hier gibt es schon eine ganze Anzahl erprobter Möglichkeiten. Gegenwärtig wäre es u. a. sehr erwünscht, wenn sie, von ihrem Fach aus gesehen, das neue Lehrplanwerk studieren, um mit ihren reichen Erfahrungen der allgemeinbildenden Schule, die ja heute unseren späteren studentischen Nachwuchs ausbildet, zu helfen.

Es gibt aber auch im Bereich der Universität zwischen dem Inhalt und den Perspektiven des Schulgesetzes und unserer Erziehungs- und Bildungswirklichkeit noch manche Differenzen und Schwierigkeiten, die nur durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden können, um die im Schulgesetz geforderte „qualifizierte Lehrerbildung zu sichern, die den Forderungen der sozialistischen Gesellschaft an die Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation gerecht wird“.

So darf beispielsweise die Mitverantwortung an der Erziehung und der Ausbildung unserer Studenten nicht an den formalen Grenzen des Fachbereichs haltmachen. Das zeigte in vorbildlicher Form Nationalpreisträger Prof. Dr. Wolf, Direktor des Instituts für anorganische Chemie, durch seine Teilnahme und seinen wertvollen Diskussionsbeitrag auf der kürzlich im Rahmen der 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität durchgeführten Konferenz zur polytechnischen Ausbildung der Lehrstudenten in der Deutschen Demokratischen Republik.

Dieses Beispiel und die schon häufig bewiesene Bereitschaft der Professoren der Fachinstitute, an der gemeinsamen Ausbildung der Studenten einen über das Fachinteresse



Sowjetische Kinder spielen
Aus: The New Yorker

aber auch auf die Hochschulen und Universitäten. Wir würden es schon vor der Verabschiedung des Schulgesetzes, daß der künftige Nachwuchs für die Universität, älter und gereifter, sich entweder auf eine Berufsausbildung oder eine ein- bis zweijährige Produktionserfahrung stützen wird.

Durch das Schulgesetz wurde die neue Regelung des Zuganges zu den Hochschulen und Universitäten nun auch gesetzlich gesichert. Das aber bedeutet, daß der künftige Bewerber für das Universitätsstudium durch seinen bisherigen praxisverbundenen Bildungsgang überaus günstige Voraussetzungen für hohe wissenschaftliche Anforderungen während des Studiums und seinen künftigen Beruf mitbringen wird. In Berücksichtigung dieses immer stärker werdenden positiven Umschwungs hat die Universität in vielen Instituten und Fachrichtungen neue praxisverbundene Ausbildungsformen entwickelt, die die Mitarbeit und die Erfahrungen der Arbeiter, Bauern, Meister, Agronomen und Ingenieure der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft in die Ausbildung einbeziehen, wie u. a. auch die Einführung des kombinierten Studiums in der Lehrerausbildung.

Es wäre wünschenswert, wenn sich unsere Universitätslehrer nicht nur wie bisher um die gegenwärtige Erziehung und Bildung ihrer Studenten, sondern auch um den Bildungsgang ihrer künftigen Studenten vor dem Studium kümmern würden.

Mit reichen Erfahrungen aus Leningrad zurück

(Fortsetzung von Seite 1)

Eine andere Tatsache war für uns nicht weniger eindrucksvoll: das außerordentlich große Interesse nicht nur der Leningrader Wissenschaftler und Studenten, sondern der Sowjetmenschen überhaupt an der friedlichen Lösung der Lebensfrage unseres Volkes, an der Zurückdrängung und Bändigung des deutschen Militarismus. Alle Delegationsmitglieder haben in vielen Gesprächen hierüber Rede und Antwort gestanden. Zwangsläufig wurde jedem von uns die große Verantwortung dafür demonstriert, daß mit durch unser Wirken für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und die Politik der Entspannung ein neues 1914 und 1939 für alle Zukunft ausgeschlossen bleiben.

Der Rektor und Mathematiker Professor Dr. Alexandrow übermittelte durch unsere Delegation allen Universitätsangehörigen die Grüße der Leningrader Universität, gab der Hoffnung auf die Verwirklichung aller Punkte unseres Protokolls Ausdruck und wünscht uns allen viele Erfolge in der wissenschaftlichen Arbeit, die in Leningrad wie in Leipzig den gleichen edlen Zielen – Frieden und Sozialismus – gewidmet ist.

Als wir am 17. Dezember gegen Mitternacht, geleitet von zahlreichen namhaften Gelehrten – an der Spitze der vielen von uns bekannte und geschätzte Prorektor Professor Tulpanow – den Schnellzug in Richtung Moskau bestiegen, schieden wir mit der Gewißheit: Unsere Karl-Marx-Universität hat in Leningrad gute Freunde gefunden, und wenn wir es verstehen, diese Freundschaft zu bewahren und zu festigen, wird unsere Arbeit in Lehre, Forschung und Erziehung noch rascher vorankommen als bisher, und unser Grundsatz „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, wird seine tiefe Wahrheit aufs neue auch für uns in vollem Umfang demonstrieren.

Veröffentlicht unter der Lizenz-Nummer 388 B des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR. – Erscheint wöchentlich. Anschrift der Redaktion: Leipzig C 1, Ritterstraße 28, Telefon 77 71. Sekretariat App. 264, Bankkonto 193 201 bei der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig. – Druck: Leipziger Volkszeitung, Leipzig C 1, Peterstraße 15. – Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.



„Ich habe doch noch einem utopischen Buch gefragt.“
Aus: Krokodil, Moskau

weit hinausgehenden Anteil zu nehmen, berechtigt zu der Hoffnung, daß die große Diskussion des Schulgesetzes in der Öffentlichkeit auch in der Karl-Marx-Universität einen lebhaften Widerhall finden möge.

Es handelt sich um zwei Aufgabenkomplexe, die von der Universität zu lösen sind. Der eine Komplex bezieht sich auf die Mitarbeit und die Mithilfe in der Lehrerausbildung der Karl-Marx-Universität.

Dissertation vor VTA-Arbeitern verteidigt

Dipl.-Wirtschaftler Sarodnick vermittelte wertvolle Erfahrungen über Wettbewerbs- und Neuererbewegung

Am 11. Dezember verteidigte der Diplomwirtschaftler Gerhard Sarodnick in einem öffentlichen Promotionsverfahren seine Dissertation. Das Thema der Arbeit „Die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die Wettbewerbs- und Neuererbewegung in den Betrieben der sozialistischen Industrie“ ist von großer politischer Aktualität. Das Thema entspricht voll und ganz unseren gegenwärtigen Aufgaben im Siebenjahrplan, dessen entscheidendes Moment die sozialistische Rekonstruktion unserer gesamten Volkswirtschaft ist. Die während der Promotion anwesenden Praktiker aus den volkseigenen Betrieben waren deshalb besonders dankbare Zuhörer. Sie erhohten vom Doktoranden Anleitung für ihre Arbeit im Betrieb. Diesen Erwartungen wurden die Ausführungen in der Dissertationsschrift, im Autorenreferat und in der Verteidigung gerecht.

Das Promotionsverfahren war wiederum ein Schritt der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Dem Inhalt dieser engen Verbindung entspricht auch die Form des Promotionsverfahrens. Die Promotion fand nicht, wie in früheren Zeiten üblich, im Hörsaal, sondern im VEB Verlade- und Transportanlagenbau Leipzig, Werk II, in Eutritzsch statt. Die Wahl dieses Ortes war auch des-

halb von Bedeutung, da sich der Verfasser in seiner Arbeit zu einem erheblichen Teil auf Untersuchungen des genannten Betriebes stützt. Die Dissertation war in gewisser Bezie- zung zugleich eine Analyse der Wettbewerbs- und Neuererbewegung und ihres Einflusses auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im VEB VTA. Auch das unterstreicht die enge Verbindung zwischen Praxis und Theorie.

Was sind die Hauptgedanken der Dissertation des Genossen Sarodnick?

Dem Verfasser geht es in erster Linie darum, die Rolle der Volksmassen im Sozialismus unter dem Gesichtspunkt zu charakterisieren, welche Rolle die Werktätigen, insbesondere auch die Produktionsarbeiter, bei der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den volkseigenen Betrieben spielen. Der Verfasser gelangt zu der Auffassung, daß die Produktionsarbeiter in zunehmendem Maße an der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts teilnehmen. Diese Entwicklung wird unterstützt durch die Verbreitung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, insbesondere zwischen Arbeiter und Intelligenz. Auch die mit dem Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ entstandene Lernbewegung dient diesem Prozeß.



Neben der Vorbereitung des Abiturs noch einen Beruf zu erlernen, haben sich die Schüler der Oberschule Falkensee in Berlin vorgenommen. – Sie verwirklichen damit eine Anregung des 4. Plenums des ZK der SED. Unser Bild zeigt Jutta und Gerlinde mit ihrer Lehrerin in ihrem Lehrbetrieb.

Das zweite Aufgabengebiet wird im neuen Schulgesetz unter der Überschrift „Unterstützung der sozialistischen Erziehung und Bildung durch die Wissenschaft“ zusammengefaßt. Dort heißt es: „Es ist die Aufgabe der Wissenschaftler und der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Schule und den Erziehungseinrichtungen, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu helfen.“

Die der Schule unmittelbar gegebene Hilfe wird in der Zukunft reiche Früchte für die Vorbereitung unserer künftigen Studenten auf ihr Studium tragen. Diese unsere

Hilfe kann nicht allein vom Charakter der jeweiligen Fakultät bestimmt werden, sondern muß von der Gesamtverantwortung gesehen werden, die jeder Bürger der Republik zu tragen hat, weil von seinem Handeln die Entwicklung der sozialistischen Schule abhängt. Nutzen wir die großen Erfahrungen vieler Universitätsprofessoren verschiedenster Fakultäten, die sich schon seit Jahren führend an der öffentlichen Diskussion um Schulfragen beteiligen, zu einer nun notwendig gewordenen Diskussion des neuen Schulgesetzes an der Universität.

Ein Kapitel „Freiheit“

Wieder einmal ist die Hamburger Zeitung „Die Welt“ in Nöten und weiß nicht recht, wie sie es ihren Lesern beibringen soll, daß man im Westdeutschland der Militaristen die Wahrheit nicht sagen darf. Daß die Zustände im westdeutschen Hochschulwesen von Jahr zu Jahr untragbarer werden, ist heute so offenkundig, daß selbst treue Adenauerblätter es nicht mit Schweigen übergehen können. Im Adenauer-Staat herrscht ja auch „Freiheit“ – ganz im Gegensatz zu der „nichtexistenten“ DDR, wo keine über eine Not des Hochschulwesens schreiben kann.

Also berichtet „Die Welt“ im Dezember 1959 von „himmlischen Mißständen“ an westdeutschen Hochschulen und Universitäten. Das Echo war eine Flut von Leserbriefen, die ein Bild von der Misere des westdeutschen Hochschulwesens geben. Doch bestärkt tut die Redaktion darüber, daß die meisten Verfasser dringlichst darum bitten, ihre Namen nicht zu nennen, da sonst ihr Studium, ihre wissenschaftliche Laufbahn, ihre Existenz gefährdet seien. „Die Welt“ schreibt darüber:

„Alle diese Einsender fürchten, sie könnten bei einer namentlichen Veröffentlichung Schwierigkeiten bekommen... wenn sie – zum Teil himmelschreiende – Mißstände im Universitätsleben an die Öffentlichkeit brächten.“ Und „Die Welt“ quält sich den Stoßhaufen ab: „Was ist dies eigentlich für eine Welt, in der wir leben?“ Die Antwort darauf könnte das Blatt selbst geben. Dort, wo alle Militaristen und Faschisten an der Macht sind, sind solche Zustände möglich und werden Menschen bereits für das Aussprechen der Wahrheit bestraft und verfolgt.

Ja, Tatsachen sind äußerst unangenehm für den, der sie nicht anerkennen will – oder nicht darf. Wir erinnern uns, daß der Beschluß der westdeutschen Rektorenkonferenz, keine Vertreter zu dem Jubiläumfeierlichkeiten unserer Karl-Marx-Universität zu entsenden, u. a. damit zu begründen versucht wurde, daß bei uns angeblich keine freie Entwicklung der Wissenschaft möglich sei. Aber so offenkundig wie die Mißstände im westdeutschen sind die Erfolge in unserem Hochschulwesen. In einem vor kurzem veröffentlichten Memorandum der westdeutschen Rektorenkonferenz, in dem materielle Unterstützung von Bonn gefordert wird, wird zugleich auf das „Vor-bild der mitteldeutschen Hochschulreform“ – die westdeutschen Rektoren haben offenbar nicht die Freiheit, von der DDR zu sprechen – hingewiesen. Die große materielle Unterstützung der Universitäten und Hochschulen, worauf angespielt wird, ist aber eine Voraussetzung für die freie Entwicklung der Wissenschaft bei uns.

Sowohl die Mißstände im westdeutschen Hochschulwesen wie die Anonymität der Briefschreiber beweisen die Unfreiheit der Wissenschaft und des einzelnen in Westdeutschland. Wer heute von den Studenten in Westdeutschland Mißstände aufdeckt, weiß, daß er unter denen ist, die der SA-Mann Schröder mit seinem „Numerus clausus“ von den Hochschulen verbannen will. Ähnlich geht es den jungen Wissenschaftlern, deren wissenschaftliche Laufbahn dann zu Ende ist. Wer von den Professoren die Wahrheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse verkündet, muß mit Verfolgungen wie Professor Wegener und Professor Hagemann rechnen. So sieht die „Freiheit“ unter Adenauer, Strauß, Schröder und Oberländer – und nicht nur im Hochschulwesen – aus. Doch die Kräfte, die gegen diese Ordnung auftreten, werden immer stärker, und viele, die heute anonym die Verhältnisse in Westdeutschland kritisieren, werden morgen in den Reihen jener stehen, die gegen das System der Unfreiheit auftreten.

Gerd Selmann

WASA